



## **Textliche Festsetzungen**

 Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. V 386 -Rosellen / Ückerrather Straße

Redaktionelle Anmerkung: Rechtskraft 09.02.1998 Es gilt die BauNVO 1990

## 1. Art und Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Die gemäß § 3 Abs. 3 Nr. 1 und 2 BauNVO in den reinen Wohngebieten ausnahmsweise zulässigen Nutzungen (Läden und nicht störenden Handwerkbetrieben, Betriebe des Beherbergungsgewerbes, Anlagen für soziale Zwecke und Anlagen für kirchlich-, kulturelle, gesundheitliche und sportliche Zwecke) sind gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO nicht zulässig.

Die gemäß § 4 Abs. 3 Nr. 1 bis 5 BauNVO in den allgemeinen Wohngebieten ausnahmsweise zulässigen Nutzungen (Betriebe des Beherbergungsgewerbes, sonstige nicht störende Gewerbebetriebe, Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe und Tankstellen) sind gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO nicht zulässig.

### 2. Geh- Fahr- und Leitungsrechte (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)

Die im Bereich der Doppel- und Reihenhausgrundstücke C, D, E, O, P und Q festgesetzten Gehund Leitungsrechte gelten zugunsten der jeweils hinterliegenden Doppel- bzw. Reihenhausgrundstücke sowie der Versorgungsträger.

# 3. Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 22 BauGB sowie § 14 BauNVO)

Stellplätze, Garagen und Carports sind nur innerhalb der überbaubaren Flächen oder an den hierfür besonders ausgewiesenen Flächen zulässig.

Die Garagen in den Abstandsflächen können gemäß BauNVO an der Grenze (max. 9,0m Tiefe) errichtet werden.

Für weitere Stellplätze dürfen zusätzlich die Flächen der Garagenzufahrten in Anspruch genommen werden.

Die Stellplätze, Garagen und Carports der Gemeinschaftsanlagen sind den jeweiligen Hausgrundstücken zugeordnet (z. B. CPH2 - WohnhausH2, CP2 - WR2)

Garten- und Gartengerätehäuschen sind im Zusammenhang mit den Garagen / Carports bzw. bis zu einer Grundflache von 6qm paarweise an der gemeinsamen Grundstücksgrenze zulässig.

Sonstige Nebenanlagen gern. § 14 Abs. 1 BauNVO sind nicht zulässig.

# 4. Flächen für besondere Vorkehrungen zum Schutz vor Lärmbelästigung (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

Gemäß § 9 Abs. 1 Ziffer 24 BauGB sind besondere bauliche Vorkehrungen zum Schutz vor Lärmbelästigungen im Sinne des Bundesimmisionsschutzgesetzes vorgeschrieben:

Die Fassaden mit der Kennzeichnung liegen im Lärmpegelbereich IV gemäß DIN 4109. Zum Schutz der Aufenthaltsräume muß das resultierende Schalldämmaß R'w,res. für Aussenbauteile mindestens 40dB betragen. Für Schlafräume ist zusätzlich eine schalldämmende Lüftung vorzusehen.

Alle übrigen Fassaden im gesamten Plangebiet liegen im Lärmpegelbereich III gemäß DIN 4109. Zum Schutz der Aufenthaltsräume muß das resultierende Schalldämmaß R'w,res. für Außenbauteile mindestens 35 dB betragen. Ausnahmen von den Festsetzungen können zugelassen werden, soweit durch einen anerkannten Sachverständigen nachgewiesen wird, daß geringere Maßnahmen ausreichen.

### 5. Höhe der baulichen Anlagen (§ 16 BauNVO)

Gemäß § 16 Abs. 3 BauNVO ist die Höhe der baulichen Anlagen (Firsthöhe) im Bereich der Grundstücke

```
Α
                auf max. 54,2m über NN (11,6m) begrenzt.
               auf max. 55,8m über NN (13,0m) begrenzt.
C, D und E
               auf max. 54,1m über NN (11,6m) begrenzt.
               auf max. 53,7m über NN (11,6m) begrenzt.
G
               auf max. 53,8m über NN (11,6m) begrenzt.
               auf max. 53,5m über NN (11.6m) begrenzt.
Η
I, J und K
               auf max. 53,4m über NN (11,6m) begrenzt.
               auf max. 53.5m über NN (11,6m) begrenzt.
               auf max. 53,4m über NN (11,6m) begrenzt.
M
               auf max. 53,5m über NN (11,6m) begrenzt.
               auf max. 53,9m über NN (11,6m) begrenzt.
O, P, Q und R
               auf max. 53,8m über NN (11,6m) begrenzt.
```

Gemäß § 16 Abs. 3 BauNVO ist die Höhe der baulichen Anlagen (Firsthöhe) in den Gebieten

WA ① auf max. 13,0m
WR ① und WR ② auf max. \* 11,5m

jeweils gemessen von der zugehörigen öffentlichen Erschließungsanlage, begrenzt bzw. festgesetzt.

### 6. Grundflächenzahl, zulässige Grundfläche (§ 19 BauNVO)

Gemäß § 21a Abs. 2 BauNVO können den Grundstücksflächen im Sinne des § 19 Abs. 3 BauNVO die Flächenanteile an außerhalb der Baugrundstücke festgesetzten Gemeinschaftsanlagen im Sinne des § 19 Abs. 22 BauGB zugerechnet werden.

### 7. Versickerung von Niederschlagswässern gemäß §51a LWG

Gemäß Bodengutachten lassen die festgestellten Bodenschichten sowie die anzunehmenden Grundwasserstände auf 36,8m über NN bzw. max. 38,5m über NN eine Versickerung der Niederschlagswässer nicht zu, die anfallenden Niederschlagsabflüße werden in den Mischwasserkanal abgeleitet.

# 8. Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen; Bindung für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a und b BauGB)

### 1. Privater Bereich

An den im Vorhaben- und Erschließungsplan gekennzeichneten Standorten sind mindestens 25 Laubbäume als Hochstämme mit einem Mindeststammumfang von 20-25cm der Arten Linde, Eiche, Ahorn, nicht fruchtende Birne, Zierkirsche oder Rotdorn zu pflanzen.

Im Bereich der Wohngärten ist je Grundstück ein Baum II. Ordnung (Stammumfang mindestens 12-14cm), ein Großstrauch (mindestens 200-300cm) oder ein Obst- bzw. Wildobstbaum (Stammumfang mindestens 10-12cm) in Anlehnung an die potentielle natürliche Vegetation zu pflanzen.

Das Pflanzgebot für Bäume II. Ordnung gilt nicht für Grundstücke auf denen Standorte zur Anpflanzung v.g. hochstämmiger Laubbäume festgesetzt sind.

An den gekennzeichneten Standorten sind Hecken in einer Endhöhe von mindestens 150cm Höhe und einer Breite von 50cm zu pflanzen. Es sind heimische Arten, wie z. B. Carpinus (Hainbuche), Ligustrum (Liguster). Crataegus (Weißdorn) oder Taxus (Eibe) zu verwenden. Die Hecken sind bei einer Pflanzhöhe von 100-150cm mit mindestens 2,5 Stück je Meter zu pflanzen.

Im Bereich der Geschoßwohnungsbauten ist je 200qm nicht überbauter Fläche ein Baum mit mindestens 20-25cm Stammumfang unter Berücksichtigung heimischer, standortgerechter Arten zu pflanzen.

Mindestens 80% der nicht überbaubaren Flächen sind zu begrünen.

Festsetzung der Begrünung von Nebenanlagen und Gebäuden

Alle Nebenanlagen wie Garagen, Carports, Müllstandplätze, Mauern und Holzwände sowie Fassaden und Giebelflächen ab 30qm zusammenhängender, fensterloser Wandfläche sind mit geeigneten Rank- und Schlingpflanzen dauerhaft zu begrünen und zu pflegen. Dabei ist je 2m geschlossene Wandlänge mindestens eine lebende Pflanze in den Boden zu setzen. Vorgesehene Arten: 1. Hedera helix (Efeu) 2. Hydrangea petiolaris (Kletterhortensie)

- 3. Pathenocissus tricuspidata, P. quinquefolia (Wilder Wein) 4. Wisteria sinensis (Blauregen)
- 5. Clematis-Arten (Waldrebe).

#### 2. Öffentlicher Bereich

An den gekennzeichneten Standorten werden mindestens 50 großkronige Laubbäume I. Ordnung als Hochstämme mit mindestens 20-25cm Stammumfang der Arten Linde, Eiche, Ahorn, nicht fruchtende Birne, Zierkirsche oder Rotdorn gepflanzt. Die öffentlichen Grünflächen (ca. 830qm) im Bereich der Baumstandorte sind mit standortgerechten Sträuchern und Kleingehölzen zube- bzw. unterpflanzen.

Im Bereich des Kinderspielplatzes sind Abpflanzungen aus standortgerechten Gehölzen und die Pflanzung von mindest. 7 großkronigen Laubbäumen der Arten Linde, Eiche, Ahorn, nicht fruchtende Birne, Zierkirsche oder Rotdorn festgesetzt.

## 3. Sonstige Hinweise

Rodungsarbeiten sind gemäß § 64 LG NW aus Gründen des Vogelschutzes vom 01.03. bis 30.09. verboten und genehmigungspflichtig. Darüber hinaus sind die Vorschriften der Baumschutzsatzung der Stadt Neuss bindend.

# 9. <u>Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a und Abs. 6 BauGB)</u>

Entlang der Grenzen zu bestehenden Gärten und den übrigen gekennzeichneten Flächen sind zweireihige, geschlossene freiwachsende Strauchpflanzungen mit Gehölzen der potentiellen natürlichen Vegetation zu pflanzen.

# 10. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

Gehölzbestand

Am festgesetzten Standort ist die vorhandene prägende Esche dauerhaft zu erhalten und zu schützen. Bestehende topographische Höhenlagen am Baumstandort sind zu erhalten (DIN 18920 und RAS-LG4)

Stellplätze, Zufahrten

Garagenzufahrten und Stellplätze sind mit Rasengittersteinen, Rasenfugenpflaster, wasserdurchlässigen Geoporpflaster, wassergebundener Decke oder ähnlichen Materialien auszuführen.

## 11. Hinweise

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauern, alte Gräber, Einzelfunde, aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit) entdeckt werden.

Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt Neuss als Untere Denkmalbehörde und dem Rheinischen Amt für Bodendenkmalpflege anzuzeigen und die Entdeckungsstelle min. 3 Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§§ 15 und 16 Denkmalschutzgesetz NW).

\* Die aufgrund des Ratsbeschlusses vom 07.11.1997 geänderten Festsetzungen, wurden in den Text eingearbeitet.